SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Russlands neue Militärdoktrin: NATO, USA und "farbige Revolutionen" im Fokus

Klein, Margarete

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Klein, M. (2015). *Russlands neue Militärdoktrin: NATO, USA und "farbige Revolutionen" im Fokus.* (SWP-Aktuell, 12/2015). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-421352

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Russlands neue Militärdoktrin

Nato, USA und »farbige Revolutionen« im Fokus

Margarete Klein

Die neue Militärdoktrin Russlands zeichnet sich durch eine enge Verknüpfung außen- und innenpolitischer Bedrohungsperzeptionen aus. Bezieht sich Ersteres auf die Nato und die USA, steht bei Letzterem die Sorge der Moskauer Führung vor einem russischen »Maidan« im Fokus. Um dies zu verhindern und um seinen Machtanspruch im post-sowjetischen Raum geltend zu machen, baut Moskau insbesondere seine Fähigkeiten zur »nicht-linearen« Kriegsführung aus. Genau hierauf haben die westlichen Staaten bislang aber keine adäquate Antwort gefunden.

Am 25. Dezember 2014 unterzeichnete Präsident Vladimir Putin die neue Militärdoktrin, die das Vorgängerdokument vom Februar 2010 ersetzt. Ihre Ausformulierung oblag einer Arbeitsgruppe des Sicherheitsrats und war noch vor dem Ausbruch der Krise um die Ukraine im Juli 2013 angeordnet worden. Dementsprechend stellt die neue Militärdoktrin nicht nur eine Reaktion auf die aktuelle Konflikteskalation dar, sondern bezieht im breiteren Umfang Veränderungen im innen- und außenpolitischen Umfeld Russlands mit ein.

USA und Nato im Fokus

Wie in der Militärdoktrin von 2010 wird auch in der neuen Version zwischen militärischen Gefahren und Bedrohungen unterschieden. Erstere gelten als potentielle Vorstufe für Letztere, die die »reale Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts« beinhalten. Unter den externen militärischen Gefahren stehen weiterhin solche an oberster Stelle, die sich explizit auf die Nato und implizit auf die USA beziehen. Im Einzelnen genannt werden der »Ausbau des Kräftepotentials« der Atlantischen Allianz, das »Heranrücken militärischer Infrastruktur« an die russische Grenze sowie die »Dislozierung militärischer Kontingente ausländischer Staaten« in den Nachbarstaaten Russlands. Darunter lassen sich die Rückversicherungsmaßnahmen fassen, die die Nato im September 2014 für ihre östlichen Mitgliedstaaten (»Readiness Action Plan)« beschlossen hat. Darüber hinaus erwähnt werden die Erweiterung der Allianz sowie ihre »Ausstattung mit globalen Funktionen« unter Verletzung des Völkerrechts. Gemeint sind Out-of-area-Einsätze, die entweder ohne VN-Mandat (Kosovo 1999) oder unter vermeintlicher Verletzung eines solchen (Libyen 2011) durchgeführt werden.

Dr. Margarete Klein ist Wissenschaftlerin in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien

Der Kreml befürchtet mit Blick auf die USA, dass das strategische Gleichgewicht unterminiert wird. Zwar verfügen beide Länder weiterhin über ähnlich viele Atomwaffen; bei der Entwicklung neuer konventioneller Defensiv- und Offensivfähigkeiten hinkt Moskau Washington aber teils deutlich hinterher. Dementsprechend stuft die neue Doktrin »strategische Abwehrsysteme«, »Waffen im Weltraum«, »nichtatomare strategische Präzisionswaffen« und – 2014 erstmals explizit genannt – »global strike«-Fähigkeiten als militärische Gefahren ein. Neu sind auch die Passagen zu Cyberwarfare und zur »subversiven Tätigkeit von Nachrichtendiensten«.

Die Liste der »militärischen Bedrohungen« wurde im Vergleich zu 2010 nicht verändert. Vor dem Hintergrund der angespannten Beziehungen lassen sich nun aber mehr der beschriebenen Szenarien auf die USA und die Nato beziehen: die »Demonstration militärischer Stärke« durch Übungen in der Nachbarschaft Russlands oder die »Behinderung« zentraler staatlicher und militärischer Einrichtungen, zum Beispiel infolge eines »global strike«.

Transnationale Gefahren und regionale Konflikte

Auch wenn die Gefahren- und Bedrohungsanalyse etwas stärker als bisher die Nato, vor allem aber die USA in den Fokus rückt, beschränkt sie sich doch keineswegs auf westliche Akteure. Das Augenmerk richtet sich auch auf transnationale Gefahren, die nun detaillierter aufgeführt werden als 2010: globaler Extremismus und Terrorismus, grenzüberschreitendes organisiertes Verbrechen sowie Waffen- und Drogenschmuggel. Russland möchte sich insbesondere gegen negative Spillover-Effekte an seiner fragilen südlichen Flanke wappnen. Das Land ist am stärksten vom Drogenschmuggel aus Afghanistan betroffen; der Kreml fürchtet, dass diese Aktivitäten ebenso wie die islamistischer Organisationen nach dem Abzug der ISAF zunehmen. Dazu kommt, dass bereits heute mehrere Hundert russischer Staatsbürger in den Reihen des »Islamischen Staats« kämpfen.

Stärkere Aufmerksamkeit als bisher widmet die Militärdoktrin zudem Entwicklungen in der unmittelbaren Nachbarschaft Russlands. Dies ist eine direkte Folge der Ukraine-Krise, aber auch Ausdruck des allgemein gestiegenen Machtanspruchs Russlands im postsowjetischen Raum. Dass dort »Regime etabliert« werden, die »russische Interessen bedrohen«, wird ebenso als militärische Gefahr eingestuft wie »interethnische und interkonfessionelle Spannungen« oder »Gebietsansprüche an Russland«, die vor dem Hintergrund der Krim-Annexion ebenfalls neue Brisanz erhalten.

Furcht vor einem russischen »Maidan«

Das entscheidende Neue an der Militärdoktrin besteht aber in der engen Verknüpfung außen- und innenpolitischer Risiken und der starken Betonung Letzterer. Dabei stehen zwei Szenarien im Vordergrund. Erstens, dass ethnische und religiöse Konflikte eskalieren und den inneren Zusammenhalt des Vielvölkerreichs untergraben könnten. Derartige Spannungen machen sich in islamistischen Tendenzen im Nordkaukasus, aber auch im Anwachsen eines russischen Nationalismus bemerkbar.

Den breitesten Raum nimmt jedoch das zweite Szenario ein: ein »gewaltsamer Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung«. Die Militärdoktrin offenbart, wie sehr Moskaus Führung um die Stabilität ihrer Herrschaft fürchtet und wie verwundbar sie sich gegenüber gesellschaftlichem Protest fühlt. Die Legitimität des Systems Putin beruhte bislang vor allem auf wirtschaftlichem Erfolg. Dieser ist aber nun durch die Auswirkungen der westlichen Sanktionen und den niedrigen Ölpreis gefährdet. Besonderes Augenmerk richtet die russische Führung dabei auf »Aktivitäten zur informationstechnischen Beeinflussung der Bevölkerung, vor allem junger Bürger«, womit die Gefahren gemeint sind, die in ihren Augen von neuen Medien und sozialen Netzwerken ausgehen.

Mit der Militärdoktrin setzt sich die Tendenz Moskaus fort, innenpolitische Probleme zu »versicherheitlichen«. Die russische Führung stellt den »Arabischen Frühling« und die »Farbrevolutionen« als von außen gesteuerte Prozesse dar und sieht sich selbst als Ziel westlicher Regimewechsel-Pläne. Neben der militärischen Macht von Nato und USA wird zunehmend auch die EU mit ihren weichen Fähigkeiten als Gefahr wahrgenommen. Dieses narrative Konstrukt hat den Nutzen, eigenes politisches und wirtschaftliches Versagen zu externalisieren und im Inneren einen »Burgfrieden« zu erwirken.

Nicht-nukleare Abschreckung

Die Militärdoktrin bietet überdies Einblicke, wie die russische Führung auf die beschriebenen Risiken reagieren will. Bei der Abwehr externer Bedrohungen misst Moskau seinen Nuklearwaffen unverändert Priorität zu. Russland behält sich weiterhin das Recht vor, Nuklearwaffen anzuwenden, wenn es selbst mit solchen angegriffen wird oder wenn die Existenz des Landes durch einen großen Angriff mit konventionellen Waffen auf dem Spiel steht.

Angesichts neuer konventioneller Fähigkeiten der USA und in absehbarer Zeit auch Chinas betrachtet die Regierung in Moskau atomare Abschreckung aber nicht mehr als ausreichenden Schutz. Sie hat daher ein neues Konzept in die Militärdoktrin eingeführt: die »nicht-nukleare Abschreckung«. Dafür sollen die eigenen Fähigkeiten für netzwerkbasierte Kriegsführung und »global strike« ausgebaut werden. Generalstabschef Valerij Gerasimov kündigte bereits an, dass im kommenden Rüstungsprogramm 2016–2020 besonderer Wert auf die Beschaffung von Präzisionswaffen, von Informations- und Aufklärungsmitteln sowie von automatisierten Führungssystemen gelegt wird.

Nicht-lineare Kriegsführung

Stellt »nicht-nukleare Abschreckung« primär eine Versicherung gegen Staaten mit modernsten konventionellen Fähigkeiten dar, ist »nicht-lineare Kriegsführung« das von Moskau präferierte militärische Instrument, um seinen Einfluss im postsowjetischen Raum durchzusetzen.

Zwar taucht der Begriff »nicht-lineare Kriegsführung« nirgends in der Militärdoktrin auf. Was die russische Führung darunter versteht, hat Gerasimov aber bereits im Februar 2013 ausgeführt. Im 21. Jahrhundert, so der Generalstabschef, verschwimme die Grenze zwischen Krieg und Frieden, da Kriege nicht mehr formell zwischen Staaten erklärt werden. Dementsprechend veränderten sich die Spielregeln des Krieges. Dazu gehört, wie es in der Doktrin heißt, die »komplexe Anwendung militärischer Gewalt sowie politischer, wirtschaftlicher, informationstechnischer und anderer nicht-militärischer Mittel«. Ergänzt wird dieser Ansatz durch »indirekte und asymmetrische Einsatzformen«, das heißt durch den Einsatz von Spezialkräften, irregulär bewaffneten Gruppen und privaten Militärunternehmen. Auf diese Weise lässt sich eine offene militärische Intervention verschleiern. Demselben Ziel dient die »Ausnutzung des Protestpotentials der Bevölkerung« oder »extern gesteuerter politischer Kräfte und gesellschaftlicher Bewegungen«.

Diese konzeptionellen Ausführungen spiegeln recht genau Russlands Vorgehen in der Ukraine wider. Angesichts des relativen »Erfolgs«, den diese Strategie in den Augen der russischen Führung zeitigt, ist davon auszugehen, dass diese die entsprechenden Fähigkeiten weiter ausbaut. Ein Anzeichen dafür ist, dass die Spezialkräfte gestärkt werden. So war bereits 2013 ein eigenes »Kommando spezielle Operationen« geschaffen worden. Da in »nicht-linearen Kriegen« nicht nur Truppen des Verteidigungsministeriums, sondern auch bewaffnete Einheiten zum Beispiel des Innen- und des Katastrophenschutzministeriums und der Geheimdienste eingesetzt werden, müssen die Führungssysteme für eine »vernetzte Operationsführung« ausgebaut werden. Genau dies geschieht durch das »Nationale Führungszentrum Landesverteidigung«, das im Dezember 2014 gegründet wurde.

Mobilmachung von Gesellschaft und Wirtschaft

Neu in der Doktrin ist das Ziel, die »Mobilmachungsbereitschaft« umfassend zu erhöhen. Im Fokus stehen dabei weniger die Streitkräfte als vielmehr die Mobilisierung und Disziplinierung der Wirtschaft und der Gesellschaft in dem Bestreben, einem »Maidan«-Szenario in Russland vorzubeugen.

So sind für den Mobilisierungsfall besondere Regelungen für den Finanzsektor, das Steuer- und Geldumlaufsystem vorgesehen. Damit baut der Kreml zum einen eine Drohkulisse gegenüber den Oligarchen auf, um sich deren Loyalität zu versichern, zum anderen schafft er sich ein Instrument, um im Krisenfall effizienter auf die Wirtschaft zugreifen zu können.

Im Dienste einer reibungsloseren Mobilisierung der Gesellschaft sollen gemäß der Doktrin die »wehrpatriotische Erziehung« der Bürger verstärkt und die »Sicherheit« im Informationsraum »vervollkommnet« werden. Damit sind schärfere Einschnitte in die Meinungs- und Medienfreiheit, vor allem im Internet, zu erwarten. In dieselbe Richtung zielt auch die im November 2014 angenommene »Strategie zur Bekämpfung des Extremismus«.

Verminderte Kooperationschancen

Die Militärdoktrin spiegelt den angespannten Zustand der russisch-westlichen Beziehungen wider. Das direkte und indirekte Konfliktpotential resultiert weniger aus den militärischen Muskelspielen in Gestalt von Flugmanövern nahe der Nato-Grenze oder aus den angekündigten Aufrüstungsmaßnahmen; schließlich ist fraglich, ob Letztere angesichts der Wirtschaftskrise in Gänze umgesetzt werden können. Die eigentliche Herausforderung besteht in der »nichtlinearen Kriegsführung«, die Moskau künftig auch in anderen postsowjetischen Staaten anwenden kann. Die Nato, aber auch die EU müssen hierauf adäquate Antworten finden. Im militärischen Bereich ist dies umso schwieriger, als die konventionelle Rüstungskontrolle seit Jahren in der Sackgasse steckt. Dabei müsste genau diese an die Spezifika »nicht-linearer Kriegsführung« angepasst werden, zum Beispiel durch die Einbeziehung anderer bewaffneter Organe oder indem bereits zu kleineren Übungen in Grenznähe ausländische Beobachter zugelassen werden. Für die EU wird es vor allem darum gehen, die Resilienz ihrer östlichen Mitgliedstaaten, vor allem aber der postsowjetischen Partnerstaaten zu stärken, zum Beispiel durch eine gemeinsame Energiestrategie oder die bessere Integration russischer Minderheiten.

Die zweite Herausforderung besteht darin, dass militärisches Muskelspiel nicht nur eine Kompensation für außen-, sondern auch für innenpolitische Schwäche werden kann. Sollte sich die Wirtschaftskrise zu einer politischen Krise zuspitzen, könnte die russische Führung versucht sein, Konflikte mit dem Westen eskalieren zu lassen, um damit den Zugriff auf Wirtschaft und Gesellschaft zu rechtfertigen.

Zugleich verringern sich die Chancen für eine militärische Kooperation mit Russland. Die neue Doktrin spricht auch nur mehr von einem »gleichberechtigten Dialog« mit der Nato und den USA. Intensiviert werden soll dagegen die Zusammenarbeit mit Belarus, der »Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit« und der »Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit«.

Dennoch bekundet Moskau in der Doktrin weiterhin Interesse, gemeinsam mit dem Westen Islamismus und Terrorismus zu bekämpfen, bei der Revitalisierung der Rüstungskontrolle und bei der strategischen Raketenabwehr zusammenzuarbeiten. Die Nato und die EU sollten bestrebt sein, die dort bestehenden Kooperationschancen pragmatisch zu nutzen. Dabei sollten sie aber von der Illusion Abschied nehmen, dass sich daraus positive Spillover-Effekte auf den allgemeinen Zustand der Beziehungen ergeben könnten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2015
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364